

Die „Reinigungskrise“ 1966/1967

Wolfgang WALDNER, 1. Mai 2014

Die Rezession in Deutschland ab 1966 wurde durch die Restriktion der Kreditvergabepolitik von der Deutschen Bundesbank ab 1964 eingeleitet – die Bundesbank bestätigt dies in ihrem Geschäftsbericht von 1966 selbst (freilich rechtfertigt sie ihre Entscheidung mit notwendiger Stabilitätspolitik¹ [Preisstabilität]²).

Der wirtschaftliche Abschwung wurde eingeleitet, wie der Sachverständigenrat 1967 feststellte, ausgehend vom „Rückgang der privaten wie öffentlichen Investitionstätigkeit“ und verschärft wurde der Rückgang der Investitionstätigkeit durch eine [bis Mai 1966]³ „zunehmend restriktive Geld- und Kreditpolitik“.⁴

Ab Mitte 1966 wurde die Produktionstätigkeit von fast allen Betrieben eingeschränkt,⁵ insofern auch die Importe reduziert, wodurch wiederum die Konjunkturen weiterer Ökonomien betroffen waren, vor allem die der Beneluxländer, die von Frankreich und die von Österreich.⁶

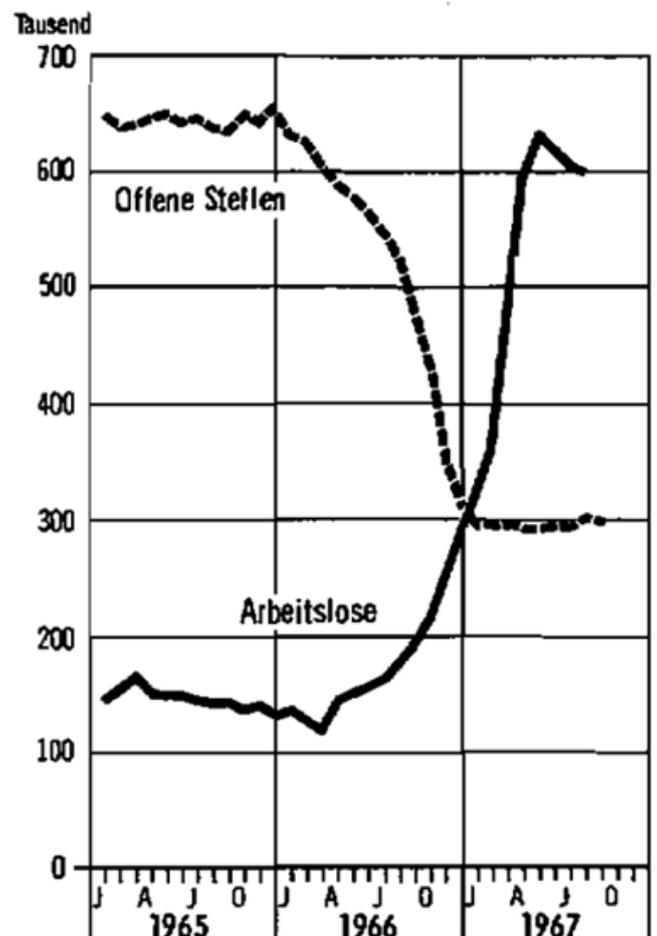
Die Deutsche Bundesbank nimmt in ihrem Geschäftsbericht 1966 wie folgt Stellung: „Der Umschwung der privaten Investitionstätigkeit wurde durch mehrere Ursachen ausgelöst. Einmal spielte natürlich eine Rolle, daß die Kredite im Frühjahr 1966 besonders teuer und knapp waren.“⁷

Nachdem der deutsche Staatshaushalt bis 1965 expansiv und prozyklisch Fiskalpolitik betrieb, wurden ab 1966 die Staatsausgaben massiv eingeschränkt⁸ (Haushaltssicherungsgesetz Ende 1965).⁹

Sowohl die Unternehmen wie auch die Verbraucher (deren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage 50% betrug)¹⁰ begannen, in ihrem Ausgabeverhalten vorsichtiger zu disponieren und aus ihren (gesamtsektoral) sinkenden Einnahmen eher offene Schulden zurückzuzahlen, als neue aufzunehmen.¹¹

„Von Mitte 1966 bis Mitte 1967 ging die Investitionstätigkeit [der Unternehmen] in einem in der Nachkriegszeit noch nicht gekannten Ausmaß zurück.“, stellte der Sachverständigenrat im Herbst 1967 fest.¹²

Ab Anfang 1966 begannen die offenen Stellen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft rapide zu sinken, die Arbeitslosigkeit stieg massiv.



Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1967/68, S. 42

¹ [Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966](#) (PDF; 10,2 MB), S. 1 ff.

² VPI Inflation: 1961: 2,82%, 1962: 2,75%, 1963: 3,48%, 1964: 2,33%, 1965: 3,79%, 1966: 2,92%, 1967: 0,71%, 1968: 2,11%.

³ [Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1967/68](#) (PDF; 5,6 MB), S. 121: „Noch im Mai 1966 sah sich die Bundesbank veranlaßt, den Diskontsatz von 4 auf 5 Prozent zu erhöhen, obwohl die privaten Investitionen bereits stagnierten.“

⁴ Ebenda, S. 1, Ziffer 4.

⁵ Ebenda, S. 3, Ziffer 5.

⁶ Ebenda, S. 1, Ziffer 2.

⁷ [Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966](#) (PDF; 10,2 MB), S. 2.

⁸ Alois Oberhauser: *Stabilitätspolitik bei steigender Staatsquote*. Göttingen 1975, S. 21.

⁹ Wolfgang Kitterer: *Öffentliche Finanzen und Notenbank*. In: *Fünfzig Jahre Deutsche Mark: Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948* (Hrsg: Deutsche Bundesbank), S.209: „[...] Ende 1965 [...] ein sogenanntes Haushaltssicherungsgesetz beschlossen werden, durch das bereits gesetzlich festgelegte Leistungen aufgeschoben wurden. Doch damit war die Haushaltssanierung keineswegs erreicht. Der 1966 einsetzende Konjunkturreinbruch verschärfte die Haushaltskrise weiter.“

¹⁰ Sachverständigenrat: [Jahresgutachten 1967/68](#) (PDF; 5,6 MB), S. 25.

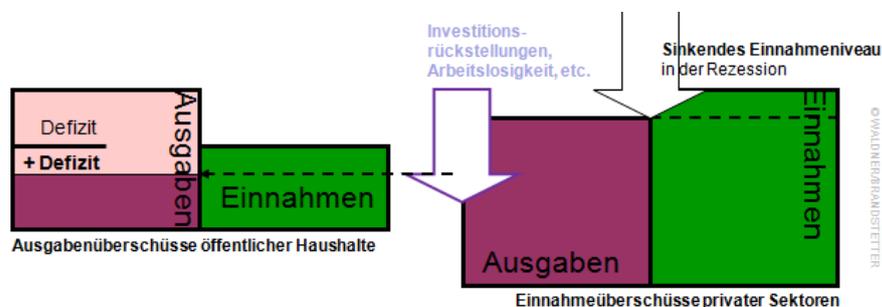
¹¹ Ebenda, S. 6, Ziffer 13.

¹² Ebenda, S. 27, Ziffer 52.

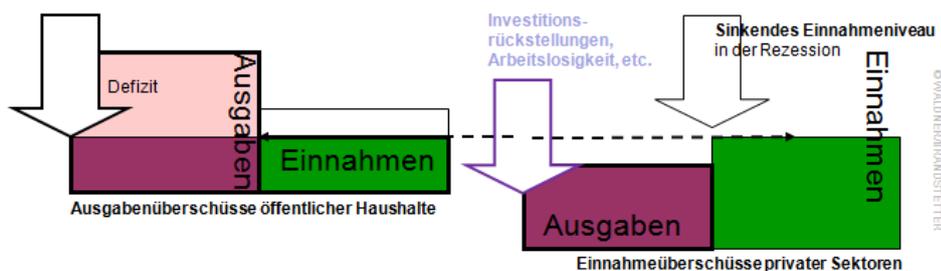
Mit einiger Verzögerung gaben Preis- und Lohnsteigerungen 1967 schließlich nach. Obwohl die Bundesregierung am 12. April 1967 beschloss, alle Verfügungsbeschränkungen für die Investitionsausgaben aufzuheben,¹³ ging der Sachverständigenrat Ende 1967 *nicht* davon aus, dass alsbald mit einer Ermutigung der Verbraucher zu relevant höheren Ausgaben zu rechnen sei.¹⁴

Die deutsche Zentralbank begann erst ab Anfang 1967 den Refinanzierungszinssatz („Leitzins“) gegenüber den Kreditinstituten etappenweise von 5% auf 3% zu senken.^{15 16}

Da in der Rezession die öffentlichen Haushalte typischerweise sinkende Einnahmen verzeichnen, resultieren daraus bei gleichbleibenden Ausgaben dann erhöhte Defizite.¹⁷



Die Länder und Gemeindehaushalte, die sich jedoch zum Sparen entschlossen hatten, passten ihre Ausgaben den sinkenden Einnahmen weiterhin an und trugen ihrerseits nicht zur Entspannung der konjunkturellen Lage bei.¹⁸



Das erste Konjunkturpaket der Regierung, beschlossen im Februar 1967, verpuffte weitgehend. Erst das zweite Konjunkturförderungsprogramm vom September 1967 brachte (hauptsächlich erst ab 1968) eine merkbare Erholung.¹⁹ 1968 konnte die Produktionslücke noch nicht geschlossen werden und wäre noch höher ausgefallen, hätte auf Kosten des Auslands kein oder nur geringerer Nettoexport erzielt werden können.²⁰

¹³ Sachverständigenrat: [Jahresgutachten 1967/68](#) (PDF; 5,6 MB), S. 83, Ziffer 151.

¹⁴ Ebenda, S. 8, Ziffer 19.

¹⁵ Ebenda, S. 4, Ziffer 8.

¹⁶ Ebenda, S. 122, Ziffer 232.:

„Alles in allem haben zu der Rezession [...] wohl mehrere Ursachen beigetragen. Die Kreditpolitik der Bundesbank war nur eine, aber immerhin eine davon: sie reagierte auf den Wandel der konjunkturellen Lage zu schwach und zu spät. [...] so ergibt sich für die Rezession, soweit sie über eine normale Konjunkturerholung hinausging, eine Erklärung grundsätzlicher Art: Der Grund liegt im Fehlen einer planvollen Koordination von Kredit- und Fiskalpolitik und im Fehlen einer wirksamen Verhaltensabstimmung zwischen den staatlichen Instanzen auf der einen und den nichtstaatlichen auf der anderen Seite.“

¹⁷ Hans Gestrinch: *Neue Kreditpolitik*. Stuttgart und Berlin 1936. (PDF; 652,3 KB) S. 90.

¹⁸ Sachverständigenrat: [Jahresgutachten 1967/68](#) (PDF; 5,6 MB), S. 20.

¹⁹ Alois Oberhauser: *Stabilitätspolitik bei steigender Staatsquote*. Göttingen 1975, S. 21 f:

„Für das Gesamtjahr 1967 hat die expansive Wirkung des Bundeshaushalts nicht voll genügt, die restriktiven, prozyklischen Effekte, die von den Länder und Gemeindehaushalten ausgingen, zu kompensieren – gemessen an dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts des Sachverständigenrates. Die öffentlichen Investitionen insgesamt gingen sogar absolut etwas zurück.“

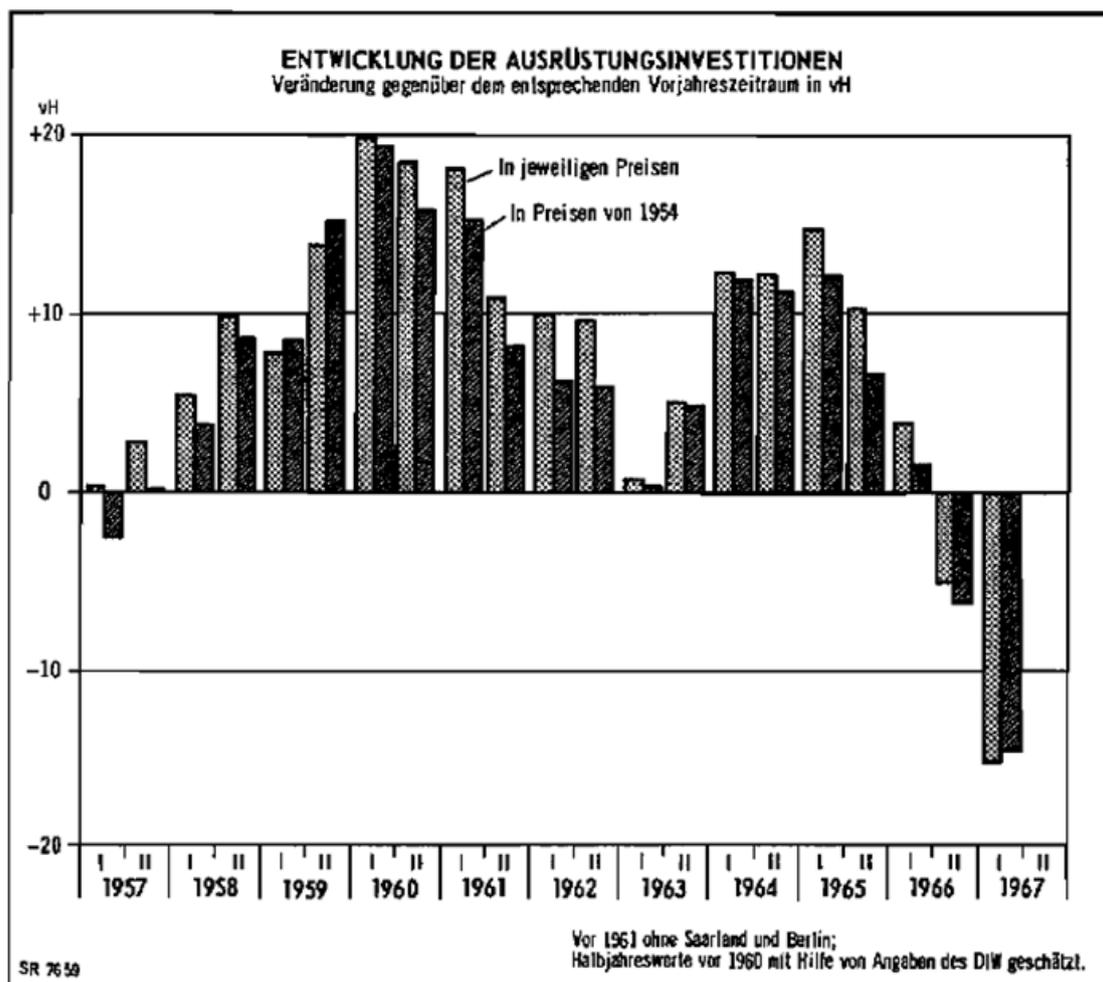
Und Oberhauser den Sachverständigenrat (JG 67/68, S. 80, Ziffer 143) zitierend:

„Verantwortlich dafür, daß man sich Anfang 1967 nicht schnell und entschieden zu einem Kurswechsel in der Finanzpolitik durchringen konnte, war neben dem fiskalischen Denken in Regierungen und Parlamenten wohl vor allem der Druck der öffentlichen Meinung, die wegen der unsoliden Finanzgebarung vergangener Jahre und aus falsch verstandenem Gruppeninteresse heraus die Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand noch zu einem Zeitpunkt forderte, als ein weiterer Konjunkturrückgang nur mit großzügigen expansiven finanzpolitischen Maßnahmen hätte vermieden werden können.“

²⁰ Sachverständigenrat: [Jahresgutachten 1968/69](#) (PDF; 3,3 MB), S. 13, Ziffer 48:

„Die Produktionslücke wäre noch größer geblieben, hätte nicht die ausländische Nachfrage einen unverhältnismäßig hohen Anteil des inländischen Produktionspotentials in Anspruch genommen. Dieser Anteil war jedoch zu groß im Hinblick auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, weil das ausländische Angebot vom Inland zu wenig genutzt worden ist. Aus dem inländischen Nachfragemangel ist, mit anderen Worten, nicht nur eine Produktionslücke, sondern außerdem eine Absorptionslücke entstanden: Die Bundesrepublik produziert nicht nur weniger als sie könnte, sie verwendet auch weniger für sich als sie produziert.“

Wie schon zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise ab 1928/29²¹ galt in den 1960ern die „Reinigungskrise“ als heilsame, notwendige Anpassung nach übersteigerten Investitionsphasen. Dazu nahm 1967 der Sachverständigenrat wie folgt Stellung: „Die zweite These, Rezessionen hätten den Charakter von Reinigungskrisen und förderten insoweit das Wachstum der Wirtschaft auf längere Sicht, gilt nur, wenn zuvor versäumt worden ist, Übersteigerungen zu vermeiden. Nach den wirtschaftspolitischen Fehlern und Versäumnissen von 1964/65 hätte eine milde Rezession 1966/67 innerhalb gewisser Grenzen sicher eine reinigende und damit wachstumsfördernde Funktion gehabt. Gleichwohl mag man sich fragen, ob es sinnvoll ist, daß Unternehmer, auch solche, die die Expansionsphase ermutigt hatte, sich selbständig zu machen, nachher für ein Versagen der Wirtschaftspolitik büßen sollen. [...] Soll das Wachstum stetiger werden als bisher, so muß man versuchen den künftigen Aufschwung rechtzeitig und sanft zu bremsen, damit es nachher kaum mehr einer Reinigungskrise bedarf. So rechtzeitig und sanft zu bremsen, daß es dabei keinen Rückschlag gibt, ist aber außerordentlich schwierig, wenn der Aufstieg zum mittelfristigen Wachstumspfad steil verläuft oder steil verlaufen soll, weil das Konjunkturtal zu tief war.“²²



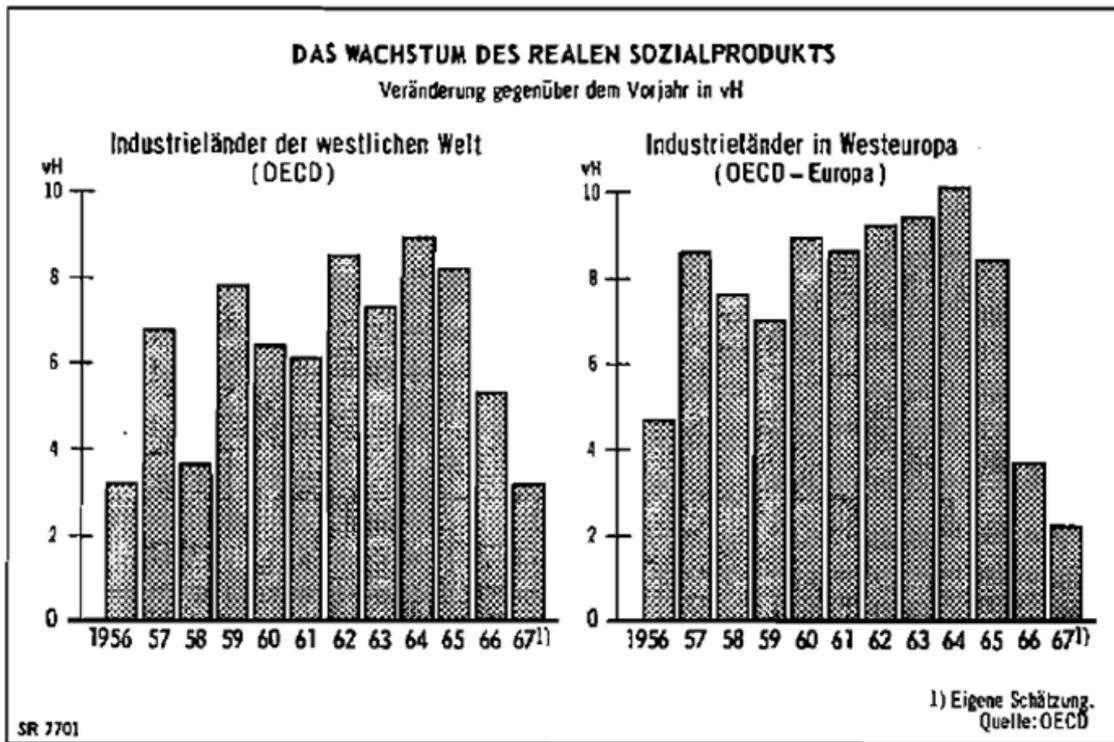
Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1967/68, S. 29, Schaubild 12.

„Die Einschnitte im Produktionswachstum waren teilweise die Folge der restriktiven Wirtschaftspolitik, zu der sich die meisten Industrieländer durch den starken Preisanstieg im Jahre 1965, einzelne von ihnen auch durch Zahlungsbilanzsorgen, veranlaßt gesehen hatten. Die Abschwungtendenzen verstärkten sich wechselseitig über die Grenzen hinweg, und zwar stärker und rascher, als fast alle Beobachter erwartet hatten. Der Preisanstieg ließ fast überall nach. Die Abschwächung der Konjunktur führte jedoch in einigen westeuropäischen Ländern dazu, daß die Arbeitslosigkeit erheblich anstieg und die Sachkapazitäten nicht ausgelastet wurden.“²³

²¹ Vgl. Hans Gestrich (1936) sowie Franz Joachim Clauß (1968) in: [Abnorme Salden: Prüffeld USA 1929-1940](#) (PDF; 933 KB).

²² Sachverständigenrat: [Jahresgutachten 1967/68](#) (PDF; 5,6 MB), S. 125, Ziffer 239.

²³ Ebenda, S. 9, Ziffer 20.



Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1967/68, S. 9, Schaubild 4.

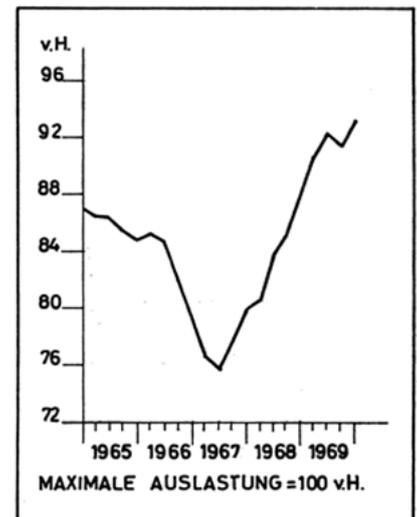
Fazit

Es ist das klassische Sparparadoxon (Keynes), das in der Rezession wirkt: Nicht nur die wechselseitigen Ausgabeneinschränkungen der Staaten untereinander verringern die Einnahmen der Ökonomien gegenseitig (Konkurrenzparadoxon),²⁴ auch die Unternehmen reduzieren ihre Investitionsausgaben, verringern sich selbst also wechselseitig die Höhe ihrer Einnahmen.

Die Produktion wird eingeschränkt, das Produktionspotenzial nicht ausgelastet, Arbeitskräfte werden entlassen. Jene vermehrt arbeitslosen Verbraucher können ihrerseits entsprechend weniger zu der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gegenüber den Unternehmen beitragen.²⁵

Aus den wechselseitigen Ausgaben-/Einnahmeeinschränkungen sowohl der Sektoren untereinander als auch innerhalb des Unternehmenssektors (saldenmechanischer Spreizeffekt in der Rezession)²⁶ entsteht eine sich wechselseitig bedingende Abwärtsspirale: Gesamtwirtschaftlich sinken die Einnahmen der einzelnen Wirtschaftssubjekte innerhalb der Ökonomie und veranlassen zu weiteren Ausgabenbeschränkungen. Die sinkenden Einnahmen (und in Folge die weiter sinkenden Ausgaben) erhöhen den gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall²⁷ von Periode zu Periode.

Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie



Quelle: Wirtschaftswoche, Nr. 41/1970, S. 4.²⁸

²⁴ Wolfgang Stützel (Hrsg.), Wilhelm Lautenbach: *Zins, Kredit und Produktion*. Tübingen 1952, Einleitung der Herausgeber, S. 9: „Alle Länder wollen [...] mehr exportieren als importieren. Es ist wieder von vornherein klar, daß sie nicht zum Ziele kommen werden. Grundsätzlich theoretisch gibt es hier zwei Möglichkeiten. Entweder betreiben alle Staaten aktive Exportförderung und lassen die Importe frei: In einem Taumel internationaler Austauschlust wird das Gesamtexportvolumen steigen, ohne daß in summa irgendjemand mehr exportiert als importiert hätte. Oder aber und das ist das Wahrscheinlichere und leider immer wieder historisch Gegebene: Man wird zur Gewinnung eines aktiven Leistungsbilanzsaldos die Importe zu beschränken suchen. Damit kann auch kein Land mehr seinen Export steigern. Im Gegenteil. Das allgemeine Streben nach einer Differenz zwischen Export und Import wird das Gesamtaustauschvolumen kumulativ zurückgehen lassen.“

²⁵ Sachverständigenrat: *Jahresgutachten 1967/68* (PDF; 5,6 MB), S. 3, Ziffer 5.

²⁶ Ebenda, S. 108: „Der Spreizeffekt [unter den Unternehmen] war stärker als je zuvor. [...] Gewinne und verdiente Abschreibungen werden von Unternehmen zum Teil anstatt für Sachinvestitionen dazu verwandt, eigene Geldvermögenspositionen aufzubauen. Anders, in der Sprache der guten alten Konjunkturtheorie ausgedrückt: Die Nachfrage nach Geld (hier: nicht „Zahlungsmittel“, sondern „Geldvermögen“) überweg die Nachfrage nach Gütern.“

²⁷ Dietrich Dickertmann: *Die Finanzierung von Eventualhaushalten durch Notenbankkredit. Erfahrungen aus der Rezessionsbekämpfung des Jahres 1967*. Berlin 1972, S. 22: „Der nachlassenden Nachfrage paßte sich das Angebot mit einem Abbau der Lagerbestände und einer Einschränkung des Angebots an. Die saisonbereinigte Industrieproduktion (ohne Bauwirtschaft) nahm seit Mitte 1966 stetig ab [...]“